

„Krieg niederer Intensität“

Die Befreiungsbewegung der Zapatisten in Chiapas/Mexiko im Würgegriff neoliberaler Konzerninteressen und staatlicher Repression

Von Johannes Plotzki

Im Konfliktgebiet Chiapas sind seit Beginn des bewaffneten Aufstand der Zapatistischen Armee zur Nationalen Befreiung (EZLN) am 1. Januar 1994 bis heute seitens der Regierungen in Chiapas und Mexiko-Stadt unterschiedliche Strategien verfolgt worden, um die rebellischen Kleinbauern, die EZLN und ihre zahlreichen Unterstützungsbasen, die autonomen zapatistischen Gemeinden, ihrer Existenzgrundlage zu berauben. Nach 11 Tagen Bürgerkrieg musste die mexikanische Regierung am 12.1.1994 einen einseitigen Waffenstillstand ausrufen und verfolgte danach eine Doppelstrategie aus Verhandlungsbereitschaft auf der einen und Militarisierung auf der anderen Seite. Bald zählte Chiapas zu dem Bundesstaat mit der zweit höchsten Militarisierung Mexikos, rund 60.000 Soldaten sind hier im Südosten des Landes zusammengezogen.

Zusätzlich zum sogenannten „Krieg niederer Intensität“ der Bundesarmee versuchen bis heute in einigen Gebieten von Chiapas paramilitärischen Gruppierungen eine militärische und ökonomische Hegemonialstellung einzunehmen. Dies wurde anfangs noch von Regierungsseite geduldet und sogar unterstützt, hat nun aber eine Eigendynamik erreicht, die den mexikanischen Behörden aus den Händen zu gleiten droht. Immer mehr ins Blickfeld rückt von daher eine neue Strategie der Aufstandsbekämpfung, die verstärkt auf ökonomisch-sozialem Druck und externer Einflussnahme beruht. In diesem Kontext spielen auch multi- und bilaterale Handelsabkommen, Projektförderungen und Internationale NGO's eine Rolle. Hierzu soll untersucht werden, inwieweit Aspekte von Umweltschutz und Menschenrechten wirklich verfolgt werden, oder aber nur als Feigenblätter dafür dienen, einerseits den Boden für Investoren zu bereiten und Begründungen zu haben, die dem neoliberalen Wirtschaftsmodell ablehnend gegenüberstehende Gruppen zu bekämpfen.

Die School of the Americas

Das Aufstandsbekämpfungskonzept „Krieg niederer Intensität“ wurde an der *School of the Americas (S.O.A.) / Escuela de las Americas* entwickelt. Die Techniken, Taktiken und Strategien, die an der Militärhochschule für die Führung eines „Krieges niederer Intensität“ vermittelt werden, resultieren zu einem großen Teil aus den Erfahrungen der USA im Vietnam-Krieg.

Die *School of the Americas (S.O.A.)* wurde 1946 in Panamá vom US-amerikanischen Militär gegründet. Die offizielle Zielsetzung war es, die lateinamerikanischen Regierungen in der Förderung „innerstaatlicher Stabilität“ und „Demokratie“ zu unterstützen. 1984 wurde die S.O.A. nach Fort Benning im US-Bundesstaat Wisconsin verlegt. Dort musste sie am 15. Dezember 2000 aufgrund massiver Proteste schließen. Am 17. Januar 2001 wurde sie unter neuem Namen wieder eröffnet und heißt nun *Western Hemisphere Institute for Security Cooperation (WHINSEC)*.¹

Der Name der Einrichtung musste aus öffentlichkeitsrelevanten Gründen geändert werden, die Lehrinhalte dieser Schule blieben jedoch unverändert. Die Trainingseinheiten sind nach wie vor:

- Frage und Verhörtechniken
- Aufstandsbekämpfung
- Militärintelligenz / Geheimdienstarbeit
- Anti-Drogenbekämpfung
- Urwaldoperationen
- Stadtguerilla
- Krieg niederer Intensität

Im Jahr 1996 kam durch einen Untersuchungsbericht des Weißen Hauses an die Öffentlichkeit, dass mindestens bis 1991 an der SOA Ausbildungsmaterialien verwendet wurden, in denen Folter- und Exekutionstechniken vermittelt werden.² Auch die „feindlichen Ziele“ sind in diesen Anleitungen klar definiert. Angewendet werden sollen die an der S.O.A. erlernten Techniken demzufolge gegen Menschen, die Gewerkschaften organisieren

oder für Gewerkschaften rekrutieren, Propaganda verteilen, die sich für Arbeiterinteressen ausspricht, mit Demonstrationen oder Streiks sympathisieren, oder Aussagen machen, dass die Regierung bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse des Volkes versagt hat.³

Seit Gründung der Schule wurden 60 000 Militärs aus 21 lateinamerikanischen Ländern dort ausgebildet.

„Unter den 60.000 lateinamerikanischen Absolventen der S.O.A. waren auch namhafte Diktatoren, wie z.B. Manuel Noriega und Omar Torrijos von Panama, Leopoldo Galtieri und Roberto Viola in Argentinien, Juan Velasco Alvarado in Peru, Guillermo Rodriguez in Ecuador, und Hugo Banzer Suarez in Bolivien.“⁴ Andere S.O.A.-Absolventen waren in die Ermordung des salvadorischen Erzbischofs Oscar Romero und in das Massaker von El Mozote (El Salvador) mit 900 getöteten Zivilisten verwickelt. Insgesamt hat nach dem Friedensabkommen in El Salvador die Wahrheitskommission zwei Drittel der an Massakern in den 80er Jahren beteiligten Militärs als Absolventen der S.O.A. identifiziert. Und 1994, im ersten Jahr des Konfliktes in Chiapas (Mexiko), wurden schon 766 mexikanische Militärs an der S.O.A. trainiert. 1996 bot die S.O.A. auf Nachfrage der mexikanischen Regierung auch eine „Spezial-Schulung-Mexiko“ an.

Das Konzept „Krieg niederer Intensität“ in Chiapas

Der „Krieg niederer Intensität“ in Chiapas zielt nicht direkt auf die militärische Zerstörung der Guerilla ab. Er ist in erster Linie eine psychologische Kriegsführung, die die Menschen in einen dauerhaften Zustand der Unsicherheit und Angst setzen soll. In Chiapas ist diese Strategie auf die Zermürbung und Spaltung der sozialen Basis der EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional) angelegt und somit auch auf die Isolierung der Guerilla von jener Basis. In der Öffentlichkeit soll durch den Krieg niederer Intensität der Anschein erweckt werden, dass die in Chiapas ausgetragenen Konflikte gemeindeinternen oder familieninternen Problemen, bzw. Problemen zwischen verschiedenen indigenen Gruppierungen geschuldet sind, also nicht mit direkten oder indirekten staatlichen Repressionen zusammenhängen.

Militär, die in Chiapas existierenden neun verschiedenen Polizeieinheiten und besonders paramilitärische Gruppen spielen im Krieg niederer Intensität eine entscheidende Rolle. So soll durch stän-

dige militärische und polizeiliche Präsenz die totale Kontrolle über die Bevölkerung signalisiert werden. Spaltungen der Gemeinden und Zermürbung der Zivilbevölkerung werden vor allem durch folgende Aktionen und Taktiken vorangetrieben:

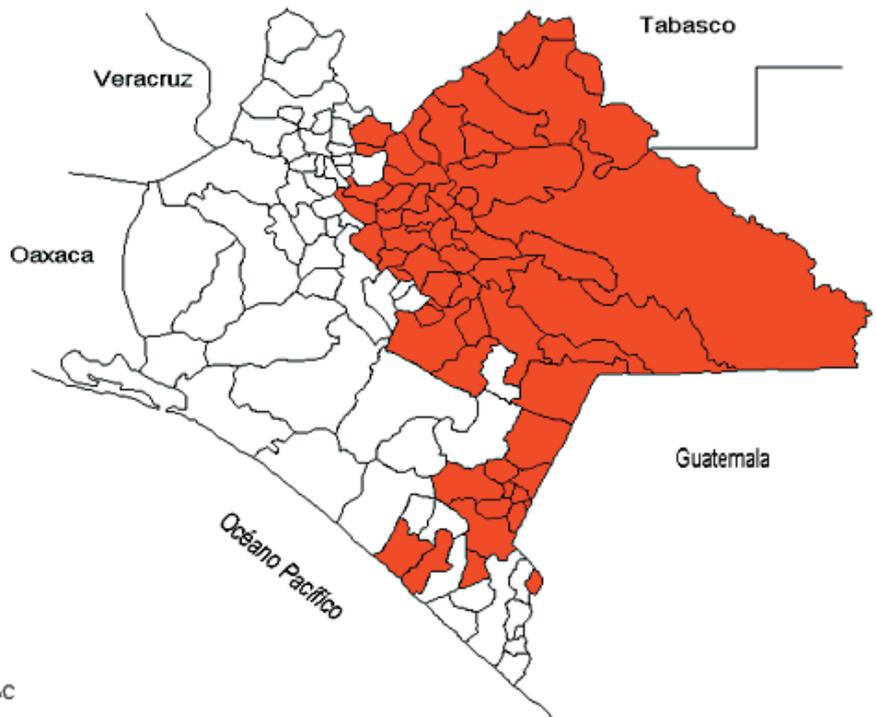
- Straßenkontrollen des Militärs
- Verbreiten von Gerüchten und Drohungen
- Erpressungen
- Niedrigüberflüge
- Diebstahl von "Produktionswerkzeugen"
- Vertreibung der Bevölkerung aus ihren Ursprungsgemeinden
- Bevorzugung und Bestechung der Gruppierungen und Personen, die nicht mit den Aufständischen sympathisieren durch Lebensmittel, Saatgut, Vieh, Kleidung, Geldspenden und Förderprogramme
- Zerstörung von Häusern und Feldern oder Errichtung von Zugangssperren durch paramilitärische Einheiten

Zunehmende Paramilitarisierung

Die Vorläufer der seit 1994 operierenden paramilitärischen Gruppen waren die von Viehzüchtern und Großgrundbesitzern eingestellten *Guardias Blancas*, welche durch ein vom damaligen chiapanekischen Gouverneur Samuel León Brindis, 1961 erlassenes Dekret, das die Einstellung von „partikularen Polizeikräften“ erlaubt, legalisiert wurden. Die *Guardias Blancas* wurden auch von Autoritäten der von 1929 bis 2000 durchgehenden Regierungspartei PRI (*Partido Revolucionario Institucional*) zur Unterdrückung Oppositioneller und zur Bekämpfung von Landbesetzungen herangezogen.

Mit dem zapatistischen Aufstand von 1994 begann die Paramilitarisierung in Chiapas im eigentlichen Sinne. Paramilitärische Gruppen begehen im „Krieg niederer Intensität“ Delikte wie Morde, Massaker, Zerstörungen und Diebstahl, und die mexikanische Bundesarmee behält so eine „weiße Weste“. Die offensichtlich bestehende Verbindung zur Armee wird in der Öffentlichkeit verleugnet und macht es so möglich, dass sich das Militär selbst in den Augen der Öffentlichkeit als „Freund und Helfer“ der Bevölkerung hervortun kann. Die Bundesarmee sorgt teilweise für die Waffenbeschaffung, trainiert Paramilitärs im Kampf an der Waffe, lässt Gelder fließen, oder unterstützt mit Nahrungsmitteln und Kleidung. Außerdem deckt sie paramilitärische Aktionen und bietet ihnen Schutz. So geschehen, als bei dem Massaker von Acteal 45 Menschen, vorwiegend Frauen und Kinder,

MUNICIPIOS CON PRESENCIA ZAPATISTA



CIEPAC

von Paramilitärs erschossen wurden, während sich Bundesarmee und Polizei nur 200 Meter davon entfernt aufhielten ohne einzuschreiten.

Laut dem Menschenrechtszentrum „Fray Bartolomé de las Casas“ in San Cristobal/Chiapas sind zwischen 1995 und 2000 in Chiapas mindestens 122 Menschen von paramilitärischer Seite ermordet worden, weitere 21 ließen sie „verschwinden“.⁵

Die PRI-Regierung, zuletzt unter Präsident Zedillo, negierte die Existenz paramilitärischer Gruppen in Mexiko völlig. Morde und Massaker die von paramilitärischen Gruppen ausgeübt wurden, wurden mit Vorliebe entweder als Eskalation interner religiöser Konflikte oder als Streitigkeiten um die Landverteilung erklärt.

Unter dem seit 2000 amtierenden Präsidenten Vicente Fox der neo-konservativen Partei PAN (Partido de Acción Nacional) wird die Existenz paramilitärischer Gruppen zwar anerkannt, aber es wird nicht gezielt gegen diese vorgegangen. Selektive Verhaftungen von paramilitärischen Führungskräften, eingebettet in eine große Medieninszenierung gehören zu der neuen Strategie. Auch versucht die PAN-Regierung unter Fox den sozialen Konflikt und die Auseinandersetzung mit der aufständischen zapatistischen Bewegung in Chiapas nun durch subtilere Methoden zu lösen, wie ein Geheimdokument offenbart.

Der Plan „Chiapas 2000“ unter Vicente Fox

Durch einen Zufall gelangte die regierungskritische linke Tageszeitung Mexikos „La Jornada“ in den Besitz des Geheimdokumentes mit dem Namen „Chiapas 2000“. Dieses an Vicente Fox adressierte Dokument skizziert Strategien der sozialen und militärpolitischen Kommunikation, die von der Regierung im Konflikt gegen die EZLN angewandt werden sollen. „La Jornada“ gibt die grundsätzlichen Punkte dieses Dokuments wie folgt wieder⁶:

1) „Die Enthüllung der wichtigsten Umstände die zum bewaffneten Kampf im mexikanischen Südostens geführt haben, sowie die genaue Charakterisierung der wichtigsten daran beteiligten Akteure unter Verwendung von Informationen des Geheimdienstes des Innenministeriums von 1983.“

2) „Die Ausarbeitung eines Vorschlages, der den politischen Einfluss, sowohl der Diözese San Cristóbal als auch der EZLN (...) deaktivieren soll.“

3) „Verhandlungen und Absprachen mit den führenden Cliquen in Chiapas über das ‚Verschwinden‘ paramilitärischer Gruppen, und deren Konvertierung zu privaten Sicherheitseinheiten mit legalem Charakter.“

4) „Der taktische Rückzug des Militärs, das jedoch weiterhin zur strategischen

Unterstützung und für Aufgaben des militärischen Geheimdiensts beibehalten werden soll, und dessen Ersetzung durch Elitetruppen der Polizei.“

5) „Der EZLN die Rolle als moralischer Repräsentant aller ethnischen Gruppen des Staates zu entreißen.“ - im weiteren Wortlaut: „die Flaggen aller einflussreichen Gruppen auszulöschen, insbesondere die der EZLN“.

6) „Die Strategien der sozialen Kommunikation, die dazu dienen soll, der Öffentlichkeit das was sie wissen will und was sie wissen soll zu präsentieren.“

7) „Umkehrung des Diskurses, der den sozialen und philanthropischen Charakter von Entscheidungen verdeutlichen soll, die im Grunde die EZLN subtil aber entschieden beiseite drängen sollen.“

Dadurch soll der Eindruck verstärkt werden, dass die Wohlfahrtsprogramme „auf Initiative des Präsidenten der Republik, als Antwort auf berechtigte Forderungen unserer indigenen Brüder aus Chiapas“ eingerichtet werden, und nicht auf den Druck der EZLN hin.

„Diese Umkehrung des Diskurses soll es der Regierung ermöglichen die Glaubwürdigkeit der gerichtlichen Reformen nicht nur in Chiapas, sondern im ganzen Land zu verstärken und die statistischen Zahlen innerhalb eines bequemen und relativen Raumes zu behandeln. Diese zwei Elemente werden es dem neuen Präsidenten erlauben eine Lösung vorzuschlagen, die anerkennt, dass Chiapas wie andere Regionen des Landes, in einer kolonialen Wirtschaft lebt und dass es notwendig ist, sie zu einer nachhaltigen Wirtschaft zu führen. Dies wird ebenfalls die Einführung von Staatsreformen erleichtern, die es erlauben, die funktionellen Verbindungen der politischen Formen und Gewohnheiten der Indigenagemeinden mit den nationalen Regierungsformen zu vereinfachen.“⁷

Es wird empfohlen, die soziale Kommunikation durch die audiovisuelle Massenmedien zu bestimmen, die die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen sollen. Weiter wird erwogen, die selben kommunikativen Strategien anzuwenden wie Subcomandante Marcos, und von Mittel wie dem Internet Gebrauch zu machen um die nationale und internationale Meinung zu erreichen. Es wird ebenfalls dazu aufgerufen, unter den Journalisten treue Anhänger der nationalen Politik zu suchen, die eine führende Rolle übernehmen.

Der wichtigste Teil des Dokumentes, wegen der politischen Konflikte die er verursachen kann, beschreibt jedoch die

Schritte die folgen sollen, um die EZLN auszulöschen. Es wird vorgeschlagen die EZLN und insbesondere Subcomandante Marcos mit dem Drogenhandel in Verbindung zu bringen. In der öffentlichen Meinung als Krimineller diskreditiert, soll dessen Verhaftung viel einfacher anzuordnen sein, ohne den ansonsten zu erwartenden nationalen und internationalen Druck.

Der Plan Puebla Panama wird nach vollständiger Realisierung den gesamten zentralamerikanischen Raum zu einer riesigen Exportzone machen

Es wird ebenfalls eine Sozialpolitik für die zapatistischen Gemeinden vorgeschlagen. Gesundheitsvorsorge, Bildung und produktive Projekte sollen zur Verfügung gestellt werden. Die Entwaffnung der aufständischen Gruppen soll erfolgen, indem man das Vieh und Saatgut nur gegen Waffen austauscht.

„Aus alledem können wir schließen, dass ein Skript im Schatten existiert, das Schritt für Schritt umgesetzt wird, und dass die Verhaftung weniger Anführer einiger der paramilitärischen Gruppen die in diesem Dokument erwähnt wurden, nur ein Teil des Ganzen ist.“⁸

Die unternehmerfreundliche Fox-Regierung („Meine Regierung ist von Unternehmern, für Unternehmer“)⁹ ist bestrebt, den Jahrzehnte lang von jeglicher staatlicher Investition ausgesparten Südosten Mexikos nun zu „entwickeln“. Denn gerade der Bundesstaat Chiapas mit seinen ausgedehnten subtropischen Waldflächen der *Selva Lacandona* bietet einen nicht zu unterschätzenden Reichtum an natürlichen und mineralischen Ressourcen, die nun vermehrt in das Blickfeld transnationaler Konzerne rücken.

Neben den Erdgas- und Erdölvorkommen, sowie dem hohen hydro-elektrischen Potential erlangen seit einigen Jahren die genetischen Ressourcen dieser hoch biodiversen Region ein zunehmendes Interesse internationaler Gen- und Biotechnologiefirmen.

Der Plan Puebla Panama: Baustein der NAFTA und Wegbereiter des FTAA

Vor 10 Jahren, am 1.1.1994, trat das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft. Zur Zeit laufen die Verhandlungen für ein gesamt-

tamerikanisches Freihandelsabkommen (FTAA). Damit sollen künftig alle Handelshemmnisse zwischen den USA und den mittel-, und südamerikanischen Ländern fallen und diese zu investitionsfreundlichen Standorten dereguliert und liberalisiert werden. Unabhängig von diesen beiden transnationalen Freihandelsabkommen hat sich mit dem Plan Puebla Panama (PPP) ein Mega-Projekt in Zentralamerika etablieren können, welches zwar auch seine vertragliche Manifestierung in zahlreichen bilateralen Vereinbarungen findet, aber eher als wegweisendes neoliberales Entwicklungsmodell gelten soll. Der Plan Puebla Panama bezieht sich auf die meso-amerikanische Region zwischen dem zentralmexikanischen Bundesstaat Puebla im Norden und Panama im Süden und gilt als Paradebeispiel neoliberaler Wirtschaftspolitik. Er wird nach vollständiger Realisierung den gesamten zentralamerikanischen Raum zu einer riesigen Exportzone machen und zu verheerenden Resultaten für die artenreiche Flora und Fauna und die dort lebenden Bevölkerungsgruppen führen. Die Region gilt als eine der artenreichsten weltweit und ist zu 52% mit Wald bedeckt, der eine hohe Biodiversität garantiert. Die für den PPP vorgesehene Fläche nimmt zwar nur 0,5% der Erde ein, beheimatet aber 7% aller bekannten Spezies.

Laut Angaben der Interamerikanischen Entwicklungsbank sind mindestens 18% der in der PPP-Region lebenden Menschen Indigene, wobei unabhängige Organisationen ihren Anteil höher einschätzen. Von der Gesamtbevölkerung Lateinamerikas leben 13% in der PPP-Zone.

Der PPP basiert auf einem Entwurf aus der Zeit der Präsidentschaft Zedillos und stammt von dem damaligen Unterstaatssekretär im Finanzministerium Santiago Levy. Er wurde von dem mexikanischen Präsidenten Vicente Fox im November 2000 den zentralamerikanischen Regierungschefs vorgeschlagen, und am 15. Juni 2001 in einer Regionalkonferenz in San Salvador von den beteiligten Staaten unterzeichnet. Am 27. und 28. Juni 2002 fand eine Konferenz der Regierungschefs in Mérida, Mexiko statt, die wohl den Fortschritt des Projektes dokumentieren sollte. Der Plan umfasst Projekte in den folgenden acht Bereichen:

1. Nachhaltige Entwicklung
2. Menschliche Entwicklung
3. Vorsorge und Bekämpfung von Naturkatastrophen
4. Ausbau des Tourismus
5. Erleichterung des Handelsaustausches
6. Ausbau der Verkehrsnetze

7. Elektrizitätsverbund

8. Zusammenarbeit auf dem Telekommunikationssektor

Der vom ehemaligen Coca-Cola-Manager und heutigem mexikanischen Präsidenten Vicente Fox ausgearbeitete PPP wird bereits von den Regierungen in Guatemala, Honduras, Belize, Nicaragua, El Salvador und Panama unterstützt. Diese erhoffen sich davon eine koordinierte wirtschaftliche Stärkung ihrer Länder in den Bereichen Handel, Verkehr, Tourismus, Bildung und Umwelt. Die dafür geplanten und teilweise bereits realisierten Projekte sind: Infrastrukturmaßnahmen, wie Straßen- und Hafenausbau, die Errichtung weiterer Großstaudämme, der Ausbau der Erdölförderung, die Ausweitung der industriellen Landwirtschaft, die Erforschung und Vermarktung der biologischen Vielfalt, die industrielle Shrimpszucht, die Ansiedlung von Weltmarktfabriken (Maquiladoras), die Förderung der Gentechnologie, der Ausbau des Tourismussektors und die weitere Privatisierung von Staatsbetrieben.¹⁰

Laut offizieller Stellen Mexikos soll der Plan einerseits als ein Instrument der politischen Absicherung eines Friedens in Chiapas, andererseits als „Instrument der nationalen Neuausrichtung dienen, damit Mexiko mit größerer Wettbewerbsfähigkeit am Prozess des globalen Handels teilnimmt“, so der mexikanische Koordinator des Plan Puebla Panama Florencio Salazar.¹¹

Günther Maihold, Direktor des Ibero-amerikanischen Instituts in Berlin kommentiert diese zweite Zielsetzung des PPP so: „Es geht also auch um die Erschließung der Ressourcen des mexikanischen Südens und die Öffnung hin zum zentralamerikanischen Markt mit seinen 38 Millionen Konsumenten durch Entwicklung der Infrastruktur von Strassen, Häfen und Eisenbahnverbindungen.(...) Der Plan Puebla-Panama entfernt sich damit zunehmend von den für seine Begründung maßgeblichen innermexikanischen Motiven der Begleitung des Friedensprozesses in Chiapas und für den mexikanischen Süden insgesamt und gerät zunehmend zu einem multinationalen Entwicklungsprogramm auf dem zentralamerikanischen Isthmus.“¹²

Hinter dem PPP lassen sich anhand verschiedener Projekte auch US-amerikanische Handelsinteressen herauslesen. Als Beispiel hierfür sei der sogenannte „Trocken-Kanal“ am Isthmus von Tehuantepec, der Landenge im Süden Mexikos aufgezeigt. Dieses Trans-Isthmus-Megaprojekt wurde bereits unter dem vorherigen

Präsidenten Zedillo initiiert und ist nun Bestandteil des PPP. Dabei geht es darum, die 300 km breite Landenge als Wirtschaftsschiene auszubauen und somit für den Transport zwischen Atlantik und Pazifik eine strategisch günstige Alternative zum Panama-Kanal zu erhalten. Geplant und teilweise bereits realisiert sind exportorientierte Weltmarktfabriken, agroindustrielle Großbetriebe, mehrspurige Autobahnen, eine Zugverbindung für den Güterverkehr und der Ausbau der Seehäfen an der atlantischen und pazifischen Küste Mexikos. Vor dem Hintergrund, dass sich über 80% der US-amerikanischen Wirtschaftsaktivitäten an der Ostküste der USA abspielen, wird diese Region von dem Trans-Isthmus-Megaprojekt am meisten profitieren, indem durch den Trockenkanal die Möglichkeit eröffnet wird, nun den Transport von Produkten und Containern schneller und auf kürzerem Wege von Ost nach West und umgekehrt abwickeln zu können. Der exportorientierten US-Wirtschaft sind damit die asiatischen Absatzmärkte näher gerückt.¹³

Doch bereits in der Entwicklungsphase der neoliberalen Großprojekte des PPP haben US-Unternehmen ihr Interesse an Investitionen ausgedrückt:

Im Energiesektor *Applied Energy Services* aus Virginia und *Harkin Energy Corporation* aus Texas; in der Seefahrt *Eagle Marine*, *Maya Kin Superferries* aus Texas, *Prescott Follet and Associates*; im Bereich Eisenbahn *Genessee and Wyoming Inc.*, *Santa Fe Corporation*, *Illinois Railroad*, *Kansas City Southern Railway*, *Mi-Jack Products of Illinois*, *Anacostia and Pacific Railroad*, *CSX Transportation Incorporated*, *Union Pacific-Southern*; in der Forst- und Papierwirtschaft *International Paper*, *Temple Inland*; im Petro-Sektor *Exxon-Mobile*, *Dow Chemical of Mexico*, *Union Carbide*; im Biotechnologie-Sektor *Monsanto*; in der Fischerei *Ocean Garden*.¹⁴

Gegen einzelne Projekte des PPP gab es bereits seit deren Bekanntwerden Widerstand seitens sozialer Bewegungen, Campesino- und Indigenazusammenschlüssen, sowie Menschenrechts- und Umweltorganisationen. Teile von ihnen haben sich zum Netz: *Mesoamerica Resiste*¹⁵ zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen den PPP Widerstand zu leisten. Dieser richtet sich im Wesentlichen gegen folgende drei Aspekte des Vorhabens, für das IWF, Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank ca. 9 Milliarden US-Dollar als Kredite zur Verfügung stellen:

1.) Der PPP führt zu massiven Umweltzerstörungen und Eingriffen in den Naturhaushalt. Dies sind die Folgen praktisch aller Projekte des PPP. So zerschneiden die geplanten Straßen Naturflächen und Ländereien, die Staudämme führen zur Überflutung weiter Gebiete und stören den biologischen Kreislauf, die Erdölförderung kontaminiert die Böden, Maquiladoras verunreinigen das Grundwasser durch hohen Chemikalieneinsatz, die Monokulturen laugen Böden aus und verringern die biologische Vielfalt, die agrarindustrielle Landwirtschaft setzt Pestizide ein und Shrimpsfarmen zerstören die Mangrovenwälder.

2.) Der PPP ist ein Beispiel für undemokratische Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg und führt zu sozioökonomischen Umwälzungen und Marginalisierung. So werden z.B. Gemeindeflächen durch Straßen zerstückelt, die dann privat betrieben, d.h. kostenpflichtig sein sollen. Staudammprojekte überfluten die Lebensräume indigener Bevölkerungsgruppen und kulturhistorisch bedeutsame Stätten. Die Ansiedlung der für den Weltmarkt produzierenden Maquiladoras fördert die Verdrängung der subsistenzorientierten Kleinbauern und lässt sie zu billigen Arbeitskräften für die transnationale Agroindustrie und Maquiladoras werden.

3.) Mit dem PPP geht eine Militarisierung der betroffenen Region einher. So wurde z.B. in Mexiko damit begonnen, die Landenge, den Isthmus, einerseits infrastrukturell als Wirtschaftsschiene auszubauen und andererseits stark zu militarisieren. Neben dem Schutz für Investitionen hat das Militär hier die Aufgabe, die Migrationsströme aus dem Süden in Richtung USA zu kontrollieren und andererseits ist somit eine verstärkte Militärpräsenz in genau jener Region erfolgt, in der die bäuerlich-indigene Bevölkerung als besonders aufständisch eingeschätzt wird.¹⁶

Bezugnehmend auf die mit dem PPP einhergehende Militarisierung der Region schreibt die Internationale Menschenrechtsorganisation *Global Exchange*:

„Eine zunehmende Militarisierung ist oftmals direkt in Verbindung mit den Entwicklungsplänen zu bringen und Untersuchungen ergaben, dass der PPP dabei keine Ausnahme bildet. Zwei der weltweit wichtigsten Regionen für internationalen Handel sind der Suez-Kanal und der mittelamerikanische Isthmus, von Kolumbien bis zum Isthmus von Tehuantepec im Süden Mexikos reichend. Dementsprechend sind diese zwei Regionen zwei der am meisten militarisierten, mit kontinuierlicher militärischer US-Präsenz. Anfang

2001 hat der US-Kongress der Finanzierung von 38 militärischen Operationen zugestimmt, welche die Stationierung von 100.000 US-Soldaten in 21 Ländern Zentralamerikas, Südamerikas und der Karibik beinhaltet. Am 15. Februar 2001 stimmte der guatemaltekkische Kongress der Operation „New Horizons“, einem Gemeinschaftsunternehmen zwischen den Armeen Guatemalas und der USA in dem Grenzgebiet zu Chiapas/Mexiko, zu. Während die offizielle Begründung eine humanitäre Operation verkündet, befinden sich die Truppenaufstellungen parallel zu den indigenen Gemeinden, die für die Durchführung von Staudamm-Projekten im Rahmen des PPP geräumt werden sollen.¹⁷

Gemeint ist damit eines der größten Staudammprojekte im Rahmen des PPP. Der Grenzfluss zwischen Mexiko und Guatemala *Usumacinta* soll durch fünf Großstaudämme hydro-elektrisch „in Wert gesetzt“ werden. Die Regionen zu beiden Seiten des Grenzflusses, *Selva Lacandona* auf der chiapanekischen Seite und *Petén* in Guatemala, sind nach Aussagen von Gustavo Castro, Mitarbeiter vom „Zentrum für ökonomische und politische Forschungen der gemeinsamen Aktion“ (CIEPAC)¹⁸ in San Cristóbal de las Casas/Chiapas, „die am meisten militärisierten Regionen von Mesoamerika.“¹⁹

Castro warnt, dass „außer dem unumkehrbaren Eingriff in das Wenige, was von den mesoamerikanischen Urwäldern geblieben ist, die Vertreibung der indigenen Siedlungen und ihre daraus resultierende Verelendung von einer größeren Militärpräsenz in der Region eingerahmt sein wird.“ Und „dies wird sicherstellen, dass das Projekt via Guatemala an Ausländer konzessioniert sein kann.“²⁰

Carlos Fazio, Autor der linken Tageszeitung *La Jornada*, argumentiert ähnlich, wenn er sagt, dass „dieses Mammut-Projekt (...) die Überflutung einer Region von

schätzungsweise 12.000 Quadratkilometern zur Folge haben, und 800 archäologische Anlagen und kollektive Gemeinden mit mehr als 50.000 Personen treffen“ wird.

„Es wird den millionenfachen Verlust von Edelholzbäumen und Waldleben beinhalten. Das erklärt zum Teil, weshalb der Bezirk *Ocosingo* in *Chiapas* und von *Petén* in *Guatemala*, die am stärksten militärisierten Regionen Mittelamerikas sind. Und weshalb autonome Bemühungen und das Recht auf Selbstbestimmung der *Maya-Gemeinden* von *Montes Azules* und *Usumacinta* „gesetzlich“ und militärisch erstickt werden müssen: weil sie die Plünderungspläne des großen Kapitals behindern.“²¹

„Umweltschutz“ und „Menschenrechte“ als Trojanische Pferde für Ausbeutung und Privatisierung?

Trotz riesiger Gebiete, die überschwemmt werden sollen, wodurch unzählige Tier- und Pflanzenarten betroffen sein werden, holen Regierung und investitionswillige Unternehmen im Zusammenhang mit dem PPP immer wieder das Umweltschutz-Argument aus der Schublade, um damit einerseits die ungelösten soziale Konflikte und andererseits ihre eigentlichen Interessen an diesem Gebiet zu verdecken.

So wird seitens der chiapanekischen Regierung behauptet, die in der *Selva Lacandona* knapp 50, teils illegal errichteten Siedlungen²² führten zu einer hohen Belastung des Naturhaushaltes. Besonders starke Rückendeckung bekommen solche Umweltschutz-Argumente seitens zweifelhafter Naturschutz-NGO's, wie dem *WWF-USA* oder der *Conservation International (CI)*, einer sogenannten NGO, die sich als Geldgeber über 50 der größten US-amerikanischen Konzerne erfreut. Darunter befinden sich beispielsweise: *Bank of America*, *Cemex*, *Citigroup*, *Chiquita*,

Exxon Mobil Foundation, *Ford*, *Gap*, *Intel Corporation*, *J P Morgan Chase and Co.*, *McDonalds*, *Sony*, *Starbucks*, *United Airlines* und *Walt Disney* um nur einige zu nennen.²³

Conversation International forderte offen die Räumung der indigenen Gemeinden in der *Selva Lacandona* „zum Schutz des Urwaldes.“²⁴ Und hier schließt sich wieder der Kreis, da zu den Kooperationspartnern von *Conservation International* auch der mexikanische Gen- und Biotechnologietechnologie-Konzern *Savia* (früher *Pulsar*) gehört. Dieser arbeitet zusammen mit dem US-Konzern *Monsanto* an der Erforschung der biologischen Vielfalt; nebst Versuchen mit gentechnisch verändertem Kaffee und Mais. *Savia* gehört dem strammen Anti-Kommunisten und Contrafreund Alfonso Romo, einem engen Wirtschaftsberater von Präsident Fox. *Conservation International* erkaufte sich für 4 Mio. USD vom mexikanischen Staat das Recht in der *Selva Lacandona* Bioprospektion, also die Katalogisierung des genetischen Pflanzenmaterials zu betreiben.²⁵

So können mit Hilfe der Umweltschutz-„NGO“ *Conservation International* für Gentechnologiefirmen lukrative Erkundungen auf dem Gebiet der genetischen Ressourcen durchgeführt werden.²⁶

Am 23. Januar 2004 wurde zuletzt eine Gemeinde in der *Selva Lacandona* gewaltsam geräumt. Dabei handelte es sich um eine sogenannte Unterstützungsbasis der EZLN. Weitere Räumungen sind angekündigt. Und jedes mal versuchen die Regierungsstellen die Räumungen mit „massiven Umwelterstörungen“ durch die meist in Subsistenzwirtschaft lebenden Gemeinden zu rechtfertigen. Dabei konnte die Menschenrechtsorganisation *Global Exchange* durch Überflüge bestätigen, dass die größten Umweltschäden durch die Militärbasen in der *Selva Lacandona* entstehen.

Ignacio Campillo Garcia, Funktionär der staatlichen Umweltschutzbehörde *PRO-FEPA*, betonte, dieses Gebiet im Südosten Mexikos gehöre zu den „Regionen von höchster Priorität, um die Ordnung und den Rechtsstaat wiederherzustellen.“²⁷ Selbstverständlich werde auch die Bundesarmee soweit nötig bei den geplanten Räumungen hinzugezogen, ergänzte er.

Gegenüber potentiellen Investoren äußerte er sich im Zusammenhang mit dem Entwicklungsprojekt *Plan Puebla-Panama*, dass die Regierung ihnen eine „starke, gut geschmierte Infrastruktur“ in der Region der *Selva Lacandona* zur Verfügung stellen müsse. Dies geschehe,



indem „wir einen adäquaten juristischen Rahmen zur Überwachung der Region garantieren können.“²⁸

Die EU als Akteur in der Aufstandsbekämpfung

Im letzten Abschnitt soll nun die wirtschaftliche Verflechtung der EU mit Mexiko kurz angerissen und eine dieses Jahr beschlossene Projektförderung analysiert werden, die ein Gebiet in Mexiko betrifft, das im vorangegangenen bereits mehrfach problematisiert wurde: Die *Selva Lacandona* im Südosten von Chiapas.

Bereits seit knapp vier Jahren besteht ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und Mexiko. Das am 1. Oktober 2000 in Kraft getretene „Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft, politische Koordination und Zusammenarbeit“, auch *Globalabkommen* genannt, bildet die Grundlage für das Wirtschaftsverhältnis zwischen beiden Partnern. Es schafft den Rahmen für die bilateralen Beziehungen zwischen Mexiko und der EU in wirtschaftlichen, politischen und handelstechnischen Angelegenheiten, insbesondere durch die Institutionalisierung des Dialogs zwischen beiden in Form eines gemeinsamen und seit dem 2. Oktober 2001 regelmäßig stattfindenden Joint Committees von Vertretern der mexikanischen Regierung und der EU-Kommission. Das Joint Committee stellt die Ergänzung zum bereits bestehenden Joint Councils auf ministerialer Ebene dar.

Darüber soll mit Hilfe des Abkommens Wege für baldige Einrichtung einer Freihandelsregelung zwischen der EU und Mexiko geebnet werden. Außerdem fand das Globalabkommen, das bislang einzige seiner Art, durch die Einbeziehung einer sogenannten Demokratie- und Menschenrechtsklausel große Beachtung, die beide Unterzeichner an die Einhaltung demokratischer und menschenrechtlicher Prinzipien bindet.²⁹

Abschließend soll nun das von der EU mit 15 Mio. Euro geförderte Projekt „Integrierte und nachhaltige soziale Entwicklung in Chiapas, Mexiko“ in den Kontext des bereits gesagten gestellt werden. Das Ende Januar 2004 beschlossene Projekt „zur Minderung der Armut, der Beanspruchung der natürlichen Ressourcen des Lacandona-Walds und der Umweltzerstörung“³⁰ im Gebiet der *Selva Lacandona* soll 16 Mikroregionen und 155 000 Menschen auf einer Fläche von 12,600 km² zugute kommen. Die finanzielle Unterstützung der EU, die durch das Programm „Europäische Initiative für Demokratie

und Menschenrechte“ gewährt wird, hat als Ziel, die Demokratie und die Menschenrechte in Chiapas zu stärken. Insgesamt beläuft sich die Projektschuld auf 31 Mio. Euro, wobei die restlichen 16 Mio. Euro vom mexikanischen Staat beigesteuert wird.³¹

Die Strategien des Projektes, für das eine Laufzeit von 42 Monaten vereinbart wurde, sind:

- 1.) Koordinierte und partizipative territoriale Planung
- 2.) Bildung von Produktionssystemen, die strategisch wichtig und auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtet sind.
- 3.) Zugang zu Information und methodologische Innovation

Unter den Zielen des Abkommens sind folgende hervorzuheben:

- Reduzierung des Druckes auf die natürlichen Ressourcen im Urwald
- Linderung der Prozesse der Umweltzerstörung in der Zone
- Das Projekt soll auch Kooperationsmechanismen mit anderen Projekten, die gerade entwickelt werden, herstellen. So beispielsweise mit dem Projekt „Nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen und Entwicklung in Südost-Mexiko“, welches zur Zeit von GTZ und dem Bundesumweltministerium vorbereitet wird.

Das heißt, die Fördergelder der EU für ein Projekt in einem der sensibelsten Gebiete Zentralamerikas werden unter Umständen zur Aufstandsbekämpfung verwendet

Rund 34% der Finanzierungssumme der EU wird dazu genutzt, um Bildung und Fortbildungsmaßnahmen zu betreiben. Jedoch ist bis heute nicht bekannt, wer die Begünstigten sein werden. 5 Millionen Euro sollen für die Ausbildung von Beamten in der Formulierung einer neuen Politik in der sozialen Entwicklung verwendet werden. 8% der EU-Finanzierung wird der Infrastruktur gewidmet. Es ist unbekannt, um welche Infrastruktur es sich dabei handelt, welche Ziele damit verbunden sind.³²

In der Vereinbarung, die dem Projektbeschreibung zugrunde liegt, wurde festgelegt, dass die von dem Projekt betroffenen Bewohner und deren Organisationen über notwendige Maßnahmen befragt werden und die Umsetzung mit ihnen abgesprochen werde. Beides geschah jedoch bisher nicht. Im Gegenteil. Das Sekretariat der Deutschen Menschenrechtskoordination

Mexiko befragte Partner und Organisationen vor Ort zu dem Projekt und bekam im großen und ganzen ablehnende Meinungen. Tenor aller befragten Organisationen war, dass das Projekt eine Strategie sei, um gegen den Aufstand der Zapatisten vorzugehen.

Miguel Alvarez, Leiter von SERAPAZ und ehemaliger Direktor der CONAI, der Organisation, die den Dialog zwischen Regierung und Zapatisten bis zum Jahre 1998 geführt hatte, zum Projekt: *„Wir wurden von dem Projekt nicht informiert. Erst über die Presse erfuhren wir darüber. Das Projekt kann die Befriedung der Region nicht fördern, weil der Frieden zunächst offene Prozesse mit einer breiten Beteiligung der Gesellschaft benötigt. Nur Prozesse, die zur Linderung der Anspannung in der Region dienen und auf die Gründe des Konfliktes fokussieren, haben Aussicht auf eine positive Wirkung. Das Projekt mit der EU ist eher einseitig und dient nur dazu, die Strategien und Interessen der Regierung und der Mächtigen durchzusetzen.“*³³

Die Meinung von Blanca Martínez, Leiterin des Menschenrechtszentrums *Fray Batolomé las Casas in San Cristóbal de las Casas* (Chiapas) hört sich so an: *„Wir hören von den Gemeinden, die wir vor Ort betreuen, dass sie Angst haben, weil sie unter Risiko stehen, zwangsgeräumt zu werden. Diese Gemeinden und die zapatistischen Gemeinden wurden mit Sicherheit nicht über das Projekt befragt, bzw. informiert. Das große Problem ist, dass das Projekt zum Scheitern verurteilt ist, solange nicht die Lage, in der wir uns befinden anerkannt wird: wir leben in einem bewaffneten ungelösten Konflikt. Der Dschungel ist auch für die Militärs strategisch wichtig. Die Gelder werden in den Sand gesetzt, und sie dienen dazu, einen Konflikt zuzuspitzen. Wenn das Ziel das gewaltsame Ende des Zapatismus wäre, dann könnte man sagen, dass das Projekt die richtigen Ziele unterstützt.“*³⁴

Auch Gustavo Castro Soto vom „Zentrum für ökonomische und politische Forschungen der gemeinsamen Aktion“ (CIEPAC) kritisiert das Projekt und die mangelnde Einbindung zivilgesellschaftlicher Gruppen im Vorfeld: *„Die Regierung wird immer sagen, dass man die Gemeinden befragt hat und dass diese damit einverstanden sind. Es gibt Fernsehanzeigen, in denen die Wunder des Abkommens ausgestrahlt werden. Sicherlich werden staatliche Organisationen befragt worden sein, obwohl wir dies nicht wissen, aber es gab keine breite offene Befragung. Ich möchte unterstre-*

chen, dass die Region, in der das Projekt stattfinden soll, von den Zapatisten besetzt ist. Die Zapatisten haben keinen Dialog, keine Verbindung mit der Regierung. Dies kann unserer Meinung nach zu einer größeren Spaltung führen.“³⁵

Das „Zentrum für ökonomische und soziale Entwicklung der mexikanischen Indigenen“ (DEMI) antwortete, dass in der Projektbeschreibung nur die Rede sei von einer Anzahl von Menschen. „Nichts wird über ihre Sprache, ihre Geschichte und die Geschichte des lakandonischen Urwalds gesagt. Auch ist nichts über die politische Situation in den Gemeinden zu lesen.“ So werde auch ignoriert, dass die Gemeinden zerstritten sind und sich auch politisch unterscheiden. Außerdem gebe es unterschiedliche Religionen und von dem ungelösten Konflikt mit der EZLN werde kein Wort erwähnt. „Eine Wirklichkeit wird einfach ausgeblendet und es wird so getan, als hätten wir hier eine gleichmäßige Bevölkerung.“ Und weiter: „Es wird kein Wort verloren über die militärische Präsenz und ihre politische Bedeutung für die Entwicklung der Region. Die Probleme durch die Militärpräsenz werden einfach ausgeblendet. (...) Mit 'Wiedereinordnung' könnte gemeint sein, dass eine Vertreibung der Gemeinden geplant wird, mit dem Versprechen, die Beteiligten mittels Ressourcen an einen anderen Ort zu binden. Die Ressourcen werden nur unter Gemeinden, die regierungskonform agieren, verteilt. Ein Projekt, das nicht alle Akteure im Konflikt berücksichtigt, und das nicht alle sozial-politischen Konsequenzen auf der Suche des Friedens mit einbezieht, ist *Contrainsurgent*“, Aufstandsbekämpfung also.

Dies kritisieren auch Nichtregierungsorganisationen die parallel zum dritten Gipfeltreffen der Staatschefs aus EU, Lateinamerika und der Karibik Anfang Juni 2004 im mexikanischen Guadalajara auf einem alternativen Sozialgipfel ein Moratorium des Projektes in der *Selva Lacandona* veröffentlichten. Durch das Abkommen zwischen der EU und der Regierung von Chiapas seien 42 indigene Gemeinden betroffen, deren EinwohnerInnen in keiner Weise vorher konsultiert worden seien, was als ein Verstoß gegen die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gesehen wird.³⁶

Das heißt, die Fördergelder der EU für ein Projekt in einem der sensibelsten Gebiete Zentralamerikas werden unter Umständen durch die Hintertür zur Aufstandsbekämpfung verwendet, kommen aber dem

derzeitigen Stand nach sicher nicht der indigenen Bevölkerung, ihren Bedürfnissen und rechtlichen Ansprüchen nach territorialer Selbstbestimmung entgegen.

Anmerkungen

¹ Schult, Christoph: Terrortraining im Auftrag der US-Regierung. In: SPIEGEL ONLINE - 05. November 2001. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,165751,00.html> [Zugriff: 13.7.2004]

² Vgl. Homepage von „SOA Watch“: <http://www.soaw.org/new/article.php?id=270> [Zugriff: 13.7.2004]

³ Voss, Hendrik: Lernen gegen das Leben – Die ABC-Schützen in der School of the Americas. In: *Illoyal – Journal für Antimilitarismus*. Nr. 12, Sommer 2000, S. 23-25

⁴ Vgl. Homepage von „SOA Watch“: <http://www.soaw.org/new/> [Zugriff: 13.7.2004]

⁵ Vgl. Homepage vom Menschenrechtszentrum „Fray Bartolomé de las Casas“: <http://www.laneta.apc.org/cdhbcasas/Informes/InfoEsperanza.html> [Zugriff: 13.7.2004]

⁶ Gilberto López y Rivas: Chiapas 2000 - Die Strategie im Schatte. In: *La Jornada*, 22. November 2000

⁷ Gilberto López y Rivas, ebenda

⁸ Gilberto López y Rivas, ebenda

⁹ Pickard, Migue (CIEPAC): PPP: Plan Puebla-Panama oder Private Profit-Pläne?. Sept. 2002 <http://www.ciepac.org/otras%20temas/ppprivale.htm> [Zugriff 13.07.2004]

¹⁰ Vgl. Ökumenisches Büro München: Der Plan Puebla-Panamá Der Stand und seine Einschätzung in Mexiko und Zentralamerika. In: *Info-Blatt 61 des Ökumenischen Büros München*, November 2003

¹¹ Zit. nach: Maihold, Günther: Der Plan Puebla-Panama – Mexiko entdeckt seine Südgrenze und die Beziehungen zu Zentralamerika neu. In: *Brennpunkt Lateinamerika*, Nummer 22, 29. November 2001. S. 237-242

¹² Maihold, Günther, ebenda

¹³ Vgl. Internationale Menschenrechtsorganisation Global Exchange: PPP- Proposed Development and Alternatives: <http://www.globalexchange.org/countries/mexico/ppp/> [Zugriff: 13.7.2004]

¹⁴ ebenda

¹⁵ Homepage: <http://www.mesoamericaresiste.org/>

¹⁶ Vgl. Plotzki, Johannes: Hintergrundinformationen zum PPP. In: *Graswurzelrevolution*. Nr. 286, Feb. 2004

¹⁷ Global Exchange: <http://www.globalexchange.org/countries/mexico/ppp/> [Zugriff 13.7.2004]

¹⁸ CIEPAC - Centro de Investigaciones Económicas y Políticas de Acción Comunitaria: <http://www.ciepac.org>

¹⁹ Zit. nach: Bellinghausen, Hermann: Indigene Gemeinden sind wegen Hydro-Elektrischer Arbeit dem Risiko ausgesetzt, vertrieben zu werden. In: *La Jornada*, 13.2.2003

²⁰ Zit. nach: Bellinghausen, ebenda.

²¹ Fazio Carlos: Die transnationale Plünderung des Mexikanischen Südostens. In: *La Jornada*, 26. 8.2002

²² Es handelt sich dabei um die Siedlungen von Flüchtlingen, die aufgrund von Landknappheit und politischer Repression ihre angestammten Gemeinden verlassen mussten oder daraus vertrieben wurden.

²³ Vgl. Corporate Partners of CI: <http://www.conservation.org/xp/CIWEB/partners/corporate.xml>

²⁴ Vgl. Direkte Solidarität mit Chiapas, Zürich: Montes Azules: Vertreibungen im Namen von Umweltschutz und internationaler Sicherheit? April 2002 <http://www.free.de/bankrott/basta/ma.html> [Zugriff: 14.7.2004]

²⁵ Weinberg, Bill: Biodiversity Inc. - Mexico tries a new tactic against Chiapas rebels: conservation. In: *In these Times* v. 21.8 2003 http://www.inthesetimes.com/site/main/article/biodiversity_inc/ [Zugriff: 14.7.2004]

²⁶ Auch an anderer Stelle wäscht eine Hand die andere: Im Dezember 2001, spendet Gordon Moore, der Gründer von Intel Corporation, 261 Mio. USD an die Organisation, und stellt damit den Rekord für die größte Spende, die jemals eine Umweltschutzorganisation erhielt. Nun sitzt Moore als Vorstandsmitglied im Aufsichtsrat von *Conservation International* und eine von der Organisation in Brasilien entdeckte Zwerg-Eulenart wurde nach ihm benannt. Vgl. Choudry, Aziz: *Conservation International: privatizing nature, plundering biodiversity*. 10/2003. <http://www.grain.org/seedling/?id=272> [Zugriff: 14.7.2004]

²⁷ Zit. nach: *Direkte Solidarität mit Chiapas*, Zürich, ebenda

²⁸ ebenda

²⁹ Vgl. Döhler, Jan (CIEPAC): Mexiko und die Europäische Union. 2.2.2003. Quelle: <http://www.ciepac.org/analysis/mxeuroalem.htm> [Zugriff: 15.7.2004]

³⁰ Vgl. Finanzierungsbeschlüsse der Kommission. In: *Bulletin EU 11-2003 - Beziehungen zu den Ländern Lateinamerikas (5/5)* <http://europa.eu.int/abc/doc/off/bull/de/200311/p106104.htm> [Zugriff: 14.07.2004]

³¹ Vgl. Martinelli, Luca: *La Unión Europea, el Gobierno del Estado de Chiapas y el Desarrollo social Integrado y sostenible en la selva Lacandona*. In: CIEPAC (Hg.): *Chiapas al Día* Nr. 413, 19. 05.2004. Quelle: <http://www.ciepac.org/bulletins/301-%20500/bolec413.htm> [Zugriff: 14.7.2004]

³² Vgl. Martinelli, Luca: ebenda

³³ Zit. nach: Avila, Teresa (*Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko*): Aktuelle Situation in Chiapas Februar bis Mai 2004. Quelle: http://www.mexiko-mexico.info/_nachrichten/15_juni_2004/juni_2004_001.htm [Zugriff: 14.7.2004]

³⁴ ebenda

³⁵ ebenda

³⁶ Vgl. Bellinghausen, Hermann: Nichtregierungsorganisationen fordern Revision des Abkommens zwischen EU und Chiapas. In: *La Jornada*, v. 5.6.2004

³⁷ Vgl. Bellinghausen, Hermann: Nichtregierungsorganisationen fordern Revision des Abkommens zwischen EU und Chiapas. In: *La Jornada*, v. 5.6.2004